

Bundesvorstand, zu denen doch auch Demokraten und Zentrumleute gehören, haben es bestätigt. Eine recht adäquate Leistung! Ob sie sich wohl überlegen haben, welche Folgen dieser Beschluß und welche Begründung für ihre eigenen Parteien haben muß? Von den Demokraten freilich ist da wenig zu sagen, obwohl auch sie Zeiten gehabt haben — man denke nur an die Aera Seigner in Sachsen —, in denen sie im offenen Kampfe gegen die Sozialdemokratie gekämpft haben. Heute besteht offenbar wenig Gefahr, daß sie jemals wieder gegen den sozialistischen Stachel lösen könnten. Wie aber sieht es mit dem Zentrum? Sein weltanschaulich-politischer Gegenlag zur Sozialdemokratie, abgesehen von der Frage der Staatsform, ist doch eine Grundlaidache des Staatslebens. Sozialismus und politischer Katholizismus scheiden sich wie Wasser und Feuer. Und hat nicht der Reichskanzler kürzlich gesagt, daß das Zentrum nicht einmal eine grundsätzlich republikanische, sondern nur eine resolute Verfassungspartei sei? Er ist zwar für seine Person rechtzeitig aus dem Reichsbanner gestiegen, so daß ihn der wohlverdiente Pankas nicht mehr erreichen kann; aber würde nicht die primitive politische Ehrlichkeit gebieten, auch diese schwarzen Antirepublikaner — weil Antisozialisten — aus ihrem unholden Gegenwart zu befreien?

Wir hegen keine Befürchtungen, daß diese durchaus logische Axiomatik gelassen wird. Zentrumleute und Demokraten bleiben reichsbannerfähig, solange sie nach Hörsing's Pfeife tanzen. Was sein Was bedeutet, das war nicht die Scheidung der echten Republikaner von den falschen, sondern der Vödschretsch gegen die verhaßte Gruppe der Allsozialisten. So plötzlich vor die Alternative gestellt: Reichsbanner oder Partei, sollten ihre Anhänger erschreckt und verwirrt auseinanderrennen, und so mag man in Magdeburg gerichtet haben, in solcher Gemütsverfassung neuwoll in den Schoß der alleinlebendmachenden Partei zurückkehren, ihre bösen Verfänger allein auf weitem Feld zurücklassend. Das ist die zweite Lehre des neuen Hörsing'reichs: das Bekenntnis, daß die große Sozialdemokratie die viel verspottete kleine Splittiergruppe fürchten muß. In dem Siegerwahn, den ein paar glänzende Wahlergebnisse zum Ausdruck gebracht haben, tut man zwar im sozialdemokratischen Vaden so, als ob man den nächsten Reichstag schon in der Tasche habe, und vertritt die Ansicht, die nicht so ganz daran glauben wollen, mit Bramarbasieren ins Bockshorn zu laden. Wie

schwach muß es aber um die innere Sicherheit dieses Partei-solches bestellt sein, wenn er so unwürdige Mittel braucht, um sich des Zwanges zu entziehen, der ihm an die Gurgel gedrungen ist. Ob es die Angst ist vor der Kraft der Idee, die im eigenen Hirn so ganz und gar erstorben ist? Ideen schlägt man aber nicht mit Knütteln tot und auch nicht mit dem Urteil eines Rebergerichtes, das sollten die Weis und Hörsing wissen aus der Geschichte ihrer eigenen Partei, da der Welt, da eine hoffnungsreiche Menschheit in ihrer Verbrennung die Spur einer Selbstbegegnung vermutete. Solche Methoden bewirken immer das Gegenteil: sie machen Märtyrer und zwingen die denkende Welt zur Sympathie mit dem Schwachen, der Gewalt erliebet.

Die Wahrheit dieser alten Erfahrung hat sich denn auch prompt erwiesen. Der erwartete Erfolg, die Sprengung der A. S. P., ist nicht eingetreten. Im Gegenteil, der sofort gefasste Beschluß des allsozialistischen Parteivorstandes, die Mitglieder aus dem Reichsbanner zurückzuführen, verrät eine überraschend große innere Kraft, die wohl auch die Weigerung verurteilt hat. Und wenn schon feststeht, daß die A. S. P. heute geschlossen dem Reichsbanner den Rücken kehren werden, ohne die ihnen angekündigte Gefinnungsprobe abzuwarten, wie der „Volksstaat“ behauptet, dann werden sich auch die Reichsbannerhauptidee eingeebnet müssen, daß ihr Verzicht, der Sozialdemokratie Zutriebewilligkeit zu leisten, kläglich gescheitert ist. Sie haben es verdient, weil sie sich auch zu dumm angetan haben. Wäßen sie sich darauf beschränkt, die Frage „Niedlich aufzuwerfen und eine Erklärung über seine angeblich „nationalsozialistische“ Propaganda innerhalb der Partei zu verlangen, dann wäre wahrscheinlich eine Art über die A. S. P. heraufbeschrieben worden. Um so eher, als ja bekanntlich vor kurzem schon Wetzke einen Vorkoch in dieser Richtung unternommen hat, der allerdings erfolglos blieb, aber immerhin zeigete, daß die weitgehenden Gedankengänge Niedlich's so manchem Sozialisten aus der alten Schule noch nicht so recht abgeworfen konnten. Die falsche Politik des mit der Sozialdemokratie vereinten Reichsbanners hat der A. S. P. diese Verlegenheit erkauft und ihr das Mittel in die Hand gedrückt, mit dem sie ihre Anhänger nahezu auszutreiben absetzt von der sozialistischen Baustrippe bewegen konnte. Es wird sich freilich erst bei den kommenden Wahlen zeigen müssen, wie sich diese Notkur für die Zukunftsaussichten der allsozialistischen Bewegung ausgewirkt hat.

**Der Memel-Landtag gegen den Gouverneur.**

(Durch Funkdruck.)  
 Memel, 24. Januar. Der memelländische Landtag hat in seiner gestrigen Sitzung gegen die Stimmen der Großdeutschen und Kommunisten einen Antrag auf Einberufung angenommen, in dem öffentlich gegen die Wahl erhoben wird, daß der Gouverneur durch seinen Akt vom 21. Dezember 1927 die ordentliche Session für 1928 einberufen hat. In Artikel 12 des Statuts für das Memelgebiet sei das Recht des Gouverneurs, die Landtagssitzung einzuberufen, zu schließen oder zu verschieben, ausdrücklich beschränkt auf außerordentliche Sessions. Das Verfahren des Gouverneurs sei eine Schmälerung der Rechte des Landtages. Die Veröffentlichung des Einberufungsbeschlusses, wie überhaupt der Verhandlung über diesen Gegenstand, wurde der memelländischen Presse durch die Zensur untersagt.

**Polnische Wahlpropaganda in den Schulen.**

Kattowitz, 24. Januar. Von polnischer Seite ist die Wahlpropaganda auch in die Schulen getragen worden. Die Lehrer schärften den Kindern ein, sie sollen ihre Eltern ermahnen, die Wahlkarten einzuliefern. Dadurch würden die Eltern helfen, daß Oberlehrer nicht wieder deutsch werde. Da solche Ermahnungen an die Kinder in verschiedenen Schulen allenthalben gegeben wurden, ist anzunehmen, daß eine allgemeine Anweisung hierzu ergangen ist. Die deutschen Zeitungen in Ostoberschlesien, die diese Mitteilungen brachten, wurden beschlagnahmt.

**Grundlagen der künftigen Ehescheidungsbestimmungen.**

Berlin, 24. Januar. Der vom Reichsausschuß des Reichstages zur Beratung der Ehescheidungsreform eingesetzte Unterausschuß kam in seiner heutigen Sitzung zu einer Einigung über die Grundlage der künftigen Ehescheidungsbestimmungen. Danach soll künftig ein Ehegatte auf Scheidung klagen können, wenn aus einem anderen Grunde als den bisherigen Ehescheidungsgründen eine tiefere Erörterung des ehelichen Verhältnisses eingetreten ist, wenn ferner eine dem Weib der Ehe entsprechende Fortsetzung der Lebensgemeinschaft nicht mehr erwartet werden kann und wenn schließlich infolge der Zerrüttung der Lebensgemeinschaft der Ehe seit mindestens einem Jahre seit Erhebung der Klage nicht mehr besteht. Ferner soll auf Scheidung geklagt werden können, wenn die Ehegatten mindestens fünf Jahre völlig getrennt voneinander gelebt haben, ohne daß böswilliges Verlassen vorliegt.

**Für Neuregelung der örtlichen Sonderzuschläge.**

Berlin, 24. Januar. Der Vorsitzende der völksparteilichen Reichstagsaktion, Reichsminister a. D. Dr. Scholz, hat in der Frage der örtlichen Sonderzuschläge für die Beamten einen Brief an den Reichsfinanzminister Dr. Schuler gerichtet, in dem es heißt: Die preussische Regierung hat bezüglich der in den letzten drei Monaten des Vorjahres zur Auszahlung gekommenen örtlichen Sonderzuschläge eine für die Beamten ungünstigere Regelung getroffen als die Reichsregierung in ihrer Verordnung vom 18. Dezember. Ich bitte deshalb im Einvernehmen mit meinen politischen Freunden dringend, die Angelegenheit einer Nachprüfung zu unterziehen und sich dem Vorgehen Preussens anzuschließen. Eine solche Regelung wäre auch geeignet, die im Weiten bestehende Erregung in der Beamtenchaft über die starke Kürzung der örtlichen Sonderzuschläge zu dämpfen.

**Werden die „Fememörder“ begnadigt?**

Protesttelegramme an den Reichspräsidenten und den Justizminister.

Berlin, 24. Januar. Eine Entschleunigung des preussischen Staatsministeriums darüber, ob hinsichtlich der in dem sogenannten Fememordprozess Willms ernannten Todesurteile von dem Begnadigungsrecht Gebrauch gemacht werden soll, ist, wie der Amtsliche Preussische Pressedienst mitteilt, noch nicht erfolgt. Vielmehr ist das zur Vorbereitung dieser Entschleunigung erforderliche Gnadenverfahren noch nicht abgeschlossen. Aus der Tatsache, daß die Beratungen nach Rechtskraft des Urteils aus dem Untersuchungsgefängnis in das Strafgefängnis Plöcken übergeführt worden sind, kann ein Schluss auf den Ausgang des Gnadenverfahrens nicht gezogen werden.

Berlin, 24. Jan. Im Zusammenhang mit der Ueberführung von Schulz, Rapproh, Umbofer und Jährmann nach der Strafanstalt Plöcken hat der Reichstagssabgeordnete v. Graese beim Büro des Reichspräsidenten angefragt, aus welchem Grunde die Ueberführung erfolgt sei. Beim Büro des Reichspräsidenten sei jedoch von der Tatsache der Ueberführung nichts bekannt gewesen. Ferner haben die Verteidiger Justizrat Dahn und Rechtsanwalt Dr. Zed sich in längeren Protesttelegrammen an den Reichspräsidenten, den preussischen Justizminister und den Präsidenten des Strafvollzugsamtes gewandt und darauf hingewiesen, daß die Inhaftierung in der Strafanstalt Plöcken nicht den gesetzlichen Bestimmungen entspreche. Die Verteidigung hat nämlich bereits in der vorigen Woche den Antrag auf Wieder-aufnahme des Verfahrens gestellt.

Berlin, 24. Januar. Nach den Vorschriften für den Straf-vollzug hat sich heute, nachdem die Urteile gegen die vier zum Tode verurteilten Fememörder Rechtskraft erhalten haben, der ausländische Oberstaatsanwalt darüber äußern zu können, ob die Urteile vollstreckt werden sollen oder nicht. Wie uns mitgeteilt wird, werden sowohl der Oberstaatsanwalt wie auch der Generalstaatsanwalt eine Vollstreckung der Todesurteile nicht empfehlen. Es ist also wahrscheinlich, daß die Staatsregierung von ihrem Begnadigungsrecht Gebrauch machen wird.

**Limbourg kein Sonderbündler.**

Ueberraschende Wendung im Prozess.  
 Köln, 24. Januar. In der heutigen Verhandlung des Limbourg-Prozesses wurde von dem Vertreter des Privatklägers, Rechtsanwalt Dr. Zed, bekanntgegeben, daß die Privatklage zurückgezogen wird. Das Gericht zog sich darauf zur Beschlußfassung zurück und gab nach kurzer Beratung folgende Erklärung ab:  
 Es ist keine verächtliche Sonderbündelung, wenn angesetzt der Tatsache, daß die Verhältnisse in der Reichshauptstadt sehr unsicher waren, Ende 1918 und Anfang 1919 der Gedanke eines Rheinlandstaates, natürlich im Rahmen des Reiches, erwogen wurde. Ferner war es durchaus in der Ordnung, daß an die genannte Zeit führende Männer des Volkes ansehnlich des Bekanntwerdens der Anknüpfungspunkte Frankreichs die Möglichkeit berieten haben, diese Pläne zu durchkreuzen, unter Umständen auch durch Bildung eines Bundesstaates. Ferner hat es nichts mit Sonderbündelung zu tun, wenn berufene Leute in den schlimmsten Tagen des Jahres 1928 in völligem Einverständnis mit der Reichs- und Staatsregierung an die Franzosen in Wirtschaftsfragen herangezogen sind, um eine Erleichterung herbeizuführen.  
 Peter Limbourg, ein Bruder des Privatklägers, wurde unter dem Verdacht des Meineides verhaftet, nachdem er heute vormittag keine Aussagen gemacht hatte.

**Abschluß der ersten Lesung des Haushalts.**

**Gedämpfte Töne.**

Grüner zur Phöbus-Affäre. — Die Ruhrentschädigungen. (Wahrnehmung unserer Berliner Schriftleitung.)  
 Berlin, 24. Jan. Matt, wie sie begonnen, so ist am Dienstag nachmittags die erste Lesung des Reichshaushalts für 1928 zu Ende gegangen. Koch-Weser, demokratischer Redner der zweiten Garnitur, hat sich nicht viel mit den Zahlen beschäftigt, sondern dem Gebrauch der Opposition dieser Tage folgend, vor allen Dingen wieder Herrn Watzke auf die Ohren genommen. Forester von der A. S. P., und zwar von den moderat-gewagten rechten Kommunisten, zählte der Ruth Richter beim, was diese geltend Herrn Thalmann vorgeworfen hatte. Er vollbrachte das mit der Ausführlichkeit eines Dauerredners, was das allgemeine Interesse an der Aussprache nur noch weiter auf den Nullpunkt abtauen ließ.  
 Vorher trat Reichswehrminister Grüner auf, der sich bisher in seinem neuen parlamentarischen Takt nicht durch besondere Redeschwärmereien hat um kurz und bündig der in Sachen Phöbus recht neugierigen Opposition zu erklären, daß es sich die Reichsregierung durchaus noch überlegen werde, ob sie dem Wunsch einer kommunistischen Entschleunigung folgend, die Affäre in extenso in einer Denkschrift dem Plenum vorlegen werde oder nicht. Wenn man aus dieser Erklärung Rückschlüsse auf die innere Lage der Koalition ziehen will, dann darf man sagen, daß offenbar die Einheitlichkeit wieder hergestellt ist, denn sonst wäre es fraglos nicht möglich gewesen, in diesem unbedeutenden Punkte eine so entschiedene Sprache vor dem Reichstag zu führen.

Was im Falle Phöbus nicht gelungen war, nämlich die Ursache im Parlament zu verhandeln, hoffte dann aber offenbar die Opposition bei dem Bericht des Untersuchungsausschusses über die Ruhrentschädigungen zu erreichen. Eine Rednerreihe von ultra bis gemäßigt links, von Herrn Rosenbaum (KPD) über Dr. Herz (ZPD) bis zu Herrn Dietrich, Baden, von der Demokratie, bemüht sich, die nötige Stimmung zu machen. Als Berichterstatter führte sie der Deutschnationale Abg. Lindener, Wildau, mit großem Geschick ab.

Man kann sich überhaupt fragen, ob diese nun schon vier Jahre eingepöfelte Affäre wirklich noch wert ist, im Parlament beredet zu werden und kann es daher nur beärznen, daß sie nun laut Abstimmungsergebnis endlich ein für allemal geschlossen sein soll. Ein kommunistischer Antrag von über die Ruhrentschädigungen noch immer nicht Verurteilten verfiel der Ablehnung, und man konnte dann gleich in die zweite Lesung des Haushalts eintreten. Als Bericht-erhalter des Justizstaats fungierte Herr Münzger von den Kommunisten, von dem nicht sagen kann, daß er sich bei seinen Ausführungen besonderer Sachlichkeit befleißigte. Das Haus nahm den Bericht entgegen, um sich dann auf Mittwoch zu vertagen.

**Koch über Demokratie und Einheitsstaat.**

Berlin, 24. Jan. Die erste Beratung des Reichshaushalt-plans für 1928 wird fortgesetzt. Abg. Koch-Weser (Dem.) erklärt, er wolle im Interesse einer geländen Arbeitsteilung die Oppositionsredner gegen die Regierung den Regie-rungsparteien überlassen. Die Verfassung habe alle Wege zum Einheitsstaat freigelegt. Man müsse nur die verfassungsmäßigen Rechte gebrauchen. Bei einem Vergleich mit der Völkervereinigung könne niemand mehr über die Unlöslichkeit und Kompromittierung des Völkervereinigungspotentials spotten. Der Redner bekräftigt, daß die Förderung des dezentralisierten Einheitsstaates nur ein Deckmütchen sei. Tatsächlich sehe seine Partei von der Notwendigkeit aus, die Selbstverwaltung der einzelnen Landesstellen zu stärken und dem Bürokratismus zu Leibe zu gehen.

**Zum Einheitsstaat komme man auf jeden Fall.**

Wenn man aber adgere, komme man zum bürokratischen Einheitsstaat. Mit der Erhaltung der Eigenart der Stämme hätten die heutigen durch Parteienwillkür geschaffenen Staaten nicht das geringste zu tun. Alle Konflikte mit Bayern seien nicht über Zuständigkeitsfragen, sondern wegen des Souveränitätsbegriffes in Bayern entstanden. Das der bairische Ministerpräsident eine Einladung beim Reichspräsidenten aus Landener Zustimmung heraus im letzten Augenblick abzusetzen wage sei mit seiner Stellung nicht vereinbar.

Eine Personalunion zwischen Reich und Preußen würde gleichzeitig eine Entrechnung Preussens und eine Bevormundung des Südens durch den Norden bedeuten.

Befremdlich sei es, daß im Zentrum noch zwischen Verfassungspartei und republikanischer Partei unterschieden werde. Wer an der Verfassung festhalte und sie verteidige, sei

Republikaner. Der Einfluß der bairischen Volkspartei werde auf das Zentrum nicht immer günstig wirken. Mit Benützung glaube der Redner feststellen zu können, daß sich auch die Deutsche Volkspartei für den dezentralisierten Einheitsstaat erklärt habe. Man könne gewiß einmal ohne die Sozialdemokraten rechten aber nicht gegen die Sozialdemokratie. Nur wenn sich, wie in Amerika, in den einzelnen Schichten der Bevölkerung die Ueberzeugung halte, daß ein Aufstieg der unteren Schichten im Interesse des gesamten Volkes ist, lasse sich revolutionäre Gefinnung in diesen Schichten niederlassen. Das Jahr deutlicherer Ministerherrlichkeit habe dazu geführt, die Sozialdemokratie zu härten und zu radikalisieren. Stillstand und Reaktion, so schließt der Redner, seien genau so gefährlich wie Revolution.

Reichswehrminister Grüner erklärt, die Reichsregierung werde sich bis zur Beratung des Wehretats darüber schlüssig machen, ob eine Veröffentlichung des Untersuchungsberichts des Sparkommissar Samisch über die Phöbus-Angelegenheit stattfinden wird oder nicht. Abg. Forester (Komm.) polemisiert gegen die Ausführungen der Völkervereinigung Ruth Richter. Abg. Wenkel (Dn.) tritt für den gewerblichen Mittelstand ein und erklärt, eine starke Förderung der Landwirtschaft bedeute auch eine indirekte Förderung des gewerblichen Mittelstandes. Der Redner wendet sich

**gegen die Eigenbetriebe der Kommunen**

und gegen die Schwarzarbeit, durch die der Mittelstand schwer geschädigt würde.  
 Damit schließt die erste Beratung des Etats, der formell noch einmal an den Haushaltsausschuß überwiesen wird. Der kommunistische Antrag auf vorläufige Veröffentlichung des Untersuchungsberichtes in Sachen Phöbus wird im Dammel-sprung mit 178:141 Stimmen abgelehnt. Das Haus geht dann die vor den Wehretatsarbeiten unterbrochene

Aussprache über den Bericht über die Ruhrentschädigungen fort. Abg. Rosenbaum (K.) erklärt, die Haltung der Reichs-regierung zeige, daß sie zu der Ausplünderung der Wästen auch noch Dohn und Spott hinzusetze. Ministerialdirektor Torn vom Reichsfinanzministerium beantwortete darauf die kommunistische Ruhrinterpellation mit dem Hinweis darauf, daß der Reichstag im April vorigen Jahres auf Grund der Feststellungen des Untersuchungsausschusses einen Betrag von 30 Millionen zur Befreiung der Wäster der Gemeinden, der mittleren und kleineren Betriebe in Gewerbe, Handwerk und Land-wirtschaft sowie der Anceitenden und Arbeiter im besetzten und geräumten Gebiet bewilligt hat. Durch die Vereinfachung dieses Fonds dürfte der vom Untersuchungsausschuß geforderte Ausgleich gegenüber der Entschleunigung der Industrie als durchgeföhrt anzuziehen sein.

In der weiteren Aussprache ergreifen das Wort die Abgeordneten Dr. Herz (Zoa), Dietrich-Baden (Dem.), Lindener-Wildau (Dn.) und Esler (Hentz). Vetterer erklärte, die Aussprache habe keinen Anlaß gegeben, das Verbot des Ausdrucks zu ändern. Der Redner beantragte, den Bericht des Ausschusses zur Kenntnis zu nehmen und sich dessen Inhalt anzuschließen. Der sozialdemokratische Antrag, die Zahlenangaben der Ruhrindustrialen auf schärfer zu mißbilligen und die Ueberzahlungen einzuziehen, wird in namens-tlicher Abstimmung mit 193 gegen 171 Stimmen der Sozialdemokraten, Kommunisten, Völkischen, der Wirtschaftspartei und des bairischen Bauernbundes abgelehnt. An-genommen wird der vom Abg. Esler beantragte Antrag der Regierungsparteien, den Bericht entgegenzunehmen und sich dem Ratum des Ausschusses anzuschließen.

Das Haus ging dann zur weiteren Beratung des Haus-haltplans für 1928 über, und zwar steht zunächst der Justiz-etat auf der Tagesordnung. Abg. Münzger (Komm.) berichtet über die Ausschussverhandlungen. Darauf werden die Beratungen abgebrochen.

Berlin, 24. Januar. Im Haushaltsausschuß führte zum Etat des Auswärtigen Amtes Abg. Erlina folgendes noch aus: Eine besondere Zuspitzung von sozialpolitischen Attentats ist nicht wünschenswert. Die allgemeine Aussprache wurde darauf geschlossen. Ein kommunistischer Antrag, die Post-schaft am Vatikan zu streichen, wurde abgelehnt. Entsprechend einem Antrag des Abgeordneten Hoeßlich (Dn.) wurden die Etatpositionen für die neu angeforderten Konsulate in Bushfir (Perlen) und in Samsu (Türkei) gestrichen. Willigt dagegen wurden die neuen deutschen Konsulate für das Amazonasgebiet (Brasilien), Osaka (Japan), Seoul (Korea-Japan), Eltopfe Westlib-Argo-awanten), St. Paul und Philadelphia in den Ver-einigten Staaten. Der Rest des Etats wurde genehmigt. Auch wurde ein Titel in die einmaligen Ausgaben eingelegt, wonach für die Deutsche Liga für den Völkerverbund 60000 Mark bewilligt werden. Damit war der Etat des Auswärtigen Amtes erledigt.

Wiedereröffnung des Thüringer Landtages. Der Land-tag trat heute vormittag zum ersten Male nach den Weh-nachstferien zu einer kurzen Sitzungsperiode zusammen. Vor-tritt in die Tagesordnung gab der Vorsitzende der Fraktion des Landtages, Abg. Baum, eine Erklärung ab, die auf die Notstände in der Landwirtschaft hinweist.

